

Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Freie Wähler:

Antrag auf Resolution an die Landesregierung Niedersachsen:
Demokratische Vielfalt erhalten

Beschluss:

Der Rat der Stadt Delmenhorst fordert die Mitglieder des niedersächsischen Landtags dazu auf, die aktuelle Regelung bzgl. der Besetzung von Ausschüssen in den Räten der Kommunen beizubehalten und ihre Pläne zur Umstellung des Sitzzuteilungsverfahrens von Hare-Niemeyer auf d'Hondt fallenzulassen, um so die Beteiligung kleiner Fraktionen und Gruppen in den Ausschüssen weiter zu gewährleisten.

Sachverhalt:

Die Pläne der Großen Koalition, in Niedersachsen das Sitzzuteilungsverfahren für Rats- und Regionsausschüsse zu ändern, ist im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl am 12.09.2021 nicht akzeptabel. Das Hare-Niemeyer-Verfahren ist für Kommunalwahlen angemessen, da Probleme wie das Alabama-Paradoxon aufgrund nicht entstehender Überhangmandate hier nicht auftreten können. Die Nachteile des geplanten d'Hondt-Verfahrens würden hingegen zur Geltung kommen und kleinere Parteien unter Umständen benachteiligen. Kommunale Gremien leben davon, dass auch die Stimmen von kleinen Parteien und Gruppen zählen. Bei einem Auszählverfahren nach d'Hondt würden CDU und SPD profitieren. Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig. Das muss sich auch in Zukunft in den kommunalen Gremien widerspiegeln.